



**Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 24.03.2026  
– Auszug aus Drucksache 19/11406 –**

**Frage Nummer 32  
mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung**

Abgeordneter  
**Florian  
Brunn**  
(SPD)

Nachdem die Staatsregierung in der Antwort auf meine Schriftlichen Anfrage „Wer bestimmt Bayerns Erbschaftssteuerpolitik?“ eingeräumt hat, dass sich neben Ministerpräsident Dr. Markus Söder weitere Mitglieder der Staatsregierung mit dem Verband „Die Familienunternehmer“ und der „Stiftung Familienunternehmen“ getroffen haben, die beide für die Begünstigung von Firmenerben lobbyieren, frage ich die Staatsregierung, was wurde bei den in der Antwort auf meine o. g. Schriftliche Anfrage genannten Treffen von Ministerpräsident Dr. Markus Söder mit der „Stiftung Familienunternehmen“ in den Jahren 2019, 2021, 2023 und 2024 hinsichtlich Steuerpolitik besprochen, um was geht es in dem ebenda erwähnten Schreiben der „Stiftung Familienunternehmen“ bezüglich verwaltungsseitiger Umsetzung der Verschonungsbedarfsprüfung nach § 28a Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz (ErbStG) genau (bitte alle Anmerkungen, Forderungen und Vorschläge angeben), und welche der in dem Schreiben genannten Punkte wurden danach aufgegriffen und umgesetzt bzw. nicht umgesetzt?

**Antwort des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat**

Generell wird auf die Vorbemerkung sowie die Antwort zu Frage 4b und 4c der Schriftlichen Anfrage „Wer bestimmt Bayerns Erbschaftssteuerpolitik?“ des Herrn Abgeordneten von Brunn vom 12.01.2026 verwiesen. Bezüglich einer Offenlegung von an die Staatsregierung gerichteter Korrespondenz besteht kein Anlass. Hinsichtlich des Themas verwaltungsseitiger Umsetzung der Verschonungsbedarfsprüfung nach § 28a Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz (ErbStG) wurde keiner der in dem Schreiben genannten Punkte aufgegriffen oder umgesetzt.